

Das Erbe Khomeinis

Entwicklung und Bedeutung des iranischen Islamismus

Im September 1978 demonstrierten mehrere Millionen Menschen auf den Straßen der iranischen Städte. Viele von ihnen trugen Bilder eines Ayatollahs, der außerhalb des Landes noch unbekannt war. Khomeini, noch im Exil in Paris lebend, wurde zur Führungsfigur einer revolutionären Bewegung, die durch Massendemonstrationen und einen politischen Generalstreik das Schah-Regime im Februar 1979 stürzte.

Vierzehn Jahre nach Ausrufung der "Islamischen Republik" fällt deren Bilanz nicht eben positiv aus. Mit 1200 offiziellen Hinrichtungen im Jahr hält der Iran einen traurigen Weltrekord, Oppositionelle werden vom iranischen Geheimdienst noch im Ausland verfolgt und ermordet. Die sozialen Gegensätze sind kraß wie zur Zeit des Schah-Regimes, der Lebensstandard ist sogar noch niedriger. Heute schießen "Revolutionswächter" (Pasdaran) auf Demonstrationen eben jener "Enterbten" (Mustaz'afin), in deren Namen Khomeini einst die Führung im nachrevolutionären Iran beanspruchte.

Andererseits hat sich die Islamische Republik behauptet, was 1979 kaum jemand prognostiziert hätte. Die iranischen Islamisten haben einen funktionierenden Staat organisiert und damit den Islamismus als

Herrschaftsform institutionalisiert. Die Gesetzgebung und das öffentliche Leben wurden weitgehend an fundamentalistische Normen angepaßt. Die iranische Entwicklung zeigt beispielhaft, was Islamismus als Herrschaftsform bedeutet.

Das iranische Beispiel kann allerdings nicht umstandslos auf andere islamische Länder übertragen werden. Die iranische Revolution ging, wie jede Revolution, aus den besonderen Bedingungen des Landes hervor. Für die Islamisten anderer Länder ist sie denn auch kein Modell, das es zu kopieren gilt, sondern ein strategisches Vorbild, das die Möglichkeit des Sieges über ein hochgerüstetes Regime und der Institutionalisierung islamistischer Herrschaft beweist.

Die Herrschaft des Rechtsgelehrten

Erst nach der iranischen Revolution, auf deren Geschichte hier nicht näher eingegangen werden kann, setzten die islamistischen Kräfte in einem blutigen Machtkampf ihre Alleinherrschaft durch. Nun etablierten sie das von Khomeini propagierte politische

System. Khomeini, ein Religionsgelehrter mit dem Status eines Ayatollah (wörtlich: Zeichen Gottes, höchster Rang der schiitischen Hierarchie) und Spezialist für islamisches Recht (Faqih), vertrat eine in den Begriffen der schiitischen Theologie gefaßte revolutionäre politische Ideologie. In der Zeit der Abwesenheit des "verborgenen Imams", dem allein nach orthodoxer schiitischer Lehre die Herrschaft zusteht, sollen die weltlichen Angelegenheiten sozusagen treuhänderisch von der Hierarchie der schiitischen Religionsgelehrten kontrolliert werden, an deren Spitze ein *Faqih* mit (im Rahmen der Sharia) fast absoluter Herrschaftsgewalt stehen muß.

Es läßt sich unschwer erraten, daß Khomeini jener *Faqih* war. Er verdankte diese Position jedoch nicht institutioneller Macht, sondern langjähriger oppositioneller Tätigkeit, politischem Talent und persönlichem Charisma. Khomeinis ursprüngliche Konzeption hatte eine starke populistische Note. Der führende *Faqih* mußte eine von der Bevölkerung anerkannte Autorität, ein *marja'e-taqlid* (etwa: Quelle der Nachahmung) sein. Diese Bestimmung wurde inzwischen aus der Verfassung gestrichen. Khomeini, der nach Khomeinis Tod 1989 dessen Nachfolger wurde, verdankt seinen Posten gerade der Tatsache, daß er nicht sonderlich populär war und keine große Hausmacht hatte.

Die Macht der schiitischen Hierarchie im politischen System ist mittlerweile fest verankert. Geistliche nehmen zentrale Posten in Regierung, Bürokratie und Medien ein; Justiz, Gesetzgebung und Bildungssystem sind fest in ihrer Hand. Die religiöse Schicht (Gelehrte, Prediger, Studenten der theologischen Seminare) bildet jedoch weder eine soziale Einheit mit einheitlicher Klassenherkunft und einheitlichen Interessen noch eine ideologisch geschlossene Gemeinschaft. Einige bedeutende Ayatollahs lehnen Khomeinis Ideologie ab, andere stehen in deutlicher Opposition zum Regime.

Die besondere Rolle der Religionsgelehrten ist der wichtigste Unterschied zwischen der Staatskonzeption der schiitischen und der sunnitischen Islamisten. Materielle Unabhängigkeit, gesellschaftliche Macht und Erfahrung in oppositioneller Tätigkeit ermöglichen es den iranischen Geistlichen, eine besondere politische Rolle zu spielen. Vergleichbare Bedingungen gibt es sonst nirgendwo in der islamischen Welt.

Die sunnitischen Religionsgelehrten (*ulama*) sind meist weisungsgebundene, schlechtbezahlte Staatsangestellte, deren legitimatorische Funktion offensichtlich ist. Die sunnitischen Islamisten akzeptieren die Vorherrschaft dieses von ihnen verachteten "islamischen Establishments" nicht. Sie werden von weltlich gebildeten "Laien" geführt, die ihre eigene politische Theologie produzieren, und es spricht nichts dafür, daß sie im Falle einer Machtübernahme den *Ulama* freiwillig nennenswerte Macht einräumen würden.

Islamistischer Republikanismus

Der revolutionäre Charakter der islamistischen Konzeption liegt in der Zurückweisung aller nichtislami-

stischen Herrschaftsformen, unter denen nach Khomeini die Monarchie die von Gott am meisten gehaßte ist. Deshalb muß sie durch eine "islamische Republik" ersetzt werden. Es versteht sich, daß die großen und kleinen Majestäten der Golfstaaten solche Parolen nicht hören möchten. Folgerichtig erklärten sie den islamistischen Republikanismus zur unislamischen Neuerung (*bida'a*). Tatsächlich wäre die Suche nach einem Vorbild in der islamischen Geschichte vergeblich. Ob diese neue Form islamisch legitimierter Herrschaft in religiöser Hinsicht zulässig ist oder nicht, ist eine nur für die innerislamische Diskussion relevante Frage. In politischer Hinsicht jedenfalls handelt es sich um eine Modernisierung, die mit Demokratisierung allerdings nicht viel zu tun hat.



Der institutionelle Rahmen wird dem parlamentarischen Verfassungstaat entlehnt, die islamische Republik Khomeinischer Prägung wird jedoch in den Rahmen der fundamentalistischen Ideologie gepreßt. Der Islamismus bildet gewissermaßen den Verfassungskonsens. Dieses System läßt einen gewissen Spielraum für Kritik und Interessenausgleich, nichtislamistische Kräfte allerdings sind von vornherein vom legalen politischen Leben ausgeschlossen.

Im Iran traten in diesem Rahmen zwei islamistische Fraktionen hervor, die meist als "Radikale" und "Gemäßigte" bezeichnet werden. Die "Gemäßigten" unter Führung Rafsanjanis haben sich nach dem Tode Khomeinis durchgesetzt. Hinter ihnen steht das Bündnis zwischen Moschee und Bazaar, verkörpert in der Person Rafsanjanis, der zugleich Geistlicher und Großhändler ist. Ihre Mäßigung bezieht sich einerseits auf das Verhältnis zum Westen, dessen Kapital und Technologie das Regime benötigt. Außerdem möchte Rafsanjani jene emigrierten Iraner, deren Geld und Know how dem Land nützlich sein könnten, zur Rückkehr bewegen. Das erfordert unter anderem, die westliche Konsumkultur zuzulassen, soweit sie den "gemäßigt" interpretierten islamistischen Moralvorschriften nicht widerspricht.

Dies aber stößt auf den entschiedenen Protest der "Radikalen". So mochten die Leser der islamistischen Tageszeitung *Salam* ihren Augen nicht trauen, als in ihrem Blatt für jenes Getränk geworben wurde, das wie kein anders für den verabscheuten *american way of life* steht: Coca-Cola. Auf empörte Anfragen hin bekannte die Redaktion: "Wenn wir nicht jede nur mögliche Anzeige veröffentlichen, müßte angesichts der ökonomischen Liberalisierungspolitik der Regierung der Preis der Zeitung vervierfacht werden." Radikale Islamisten verlangten erfolglos die

Plantu
in: Reproche-Orient

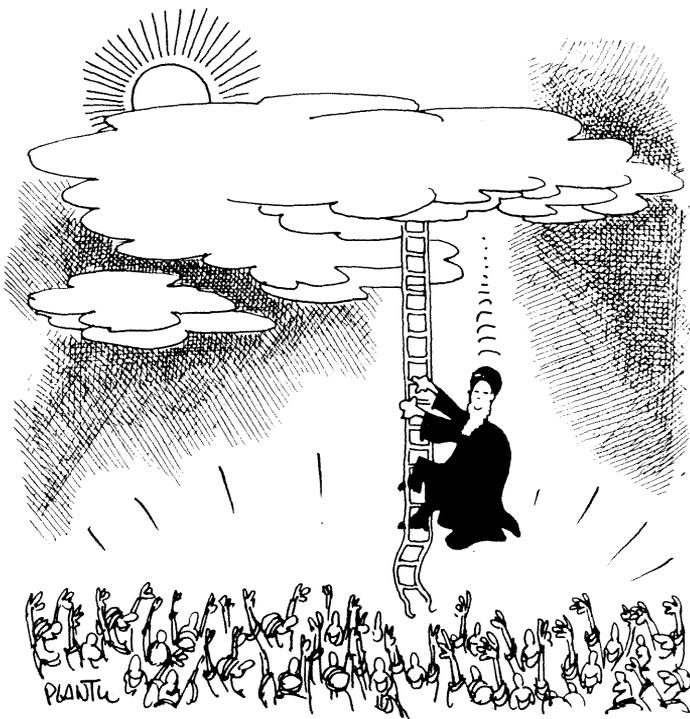
Einstellung der Cola-Produktion, und auch der Vorschlag einiger Mullahs, wenigstens jede im Iran abgefüllte Flasche mit dem Schriftzug "Tod den USA" zu versehen, wurde verworfen.

Die "Radikalen", deren Basis in den intellektuellen Mittelschichten liegt, vertreten eine staatskapitalistisch-protektionistische Orientierung und lehnen jede Öffnung zum Westen ab, die ihrer Ansicht nach zwangsläufig zur Verbreitung "westlicher Dekadenz" führt. Tatsächlich ist eine "Saudisierung" der Verhältnisse im Iran unverkennbar. Hinter verschlossenen Türen wird all das konsumiert, was verboten ist - von denen, die es sich leisten können.

Das Regime reagierte mit einer Verschärfung der Repression. Für das Tragen "unzüchtiger" Kleidung oder die Verbreitung von Pornofilmen kann die Todesstrafe verhängt werden. Nach einer kurzen Phase der Lockerung werden die islamistischen Moralvorschriften im öffentlichen Leben jetzt wieder rigoros durchgesetzt, und es kommt auch zu gelegentlichen Razzien in Privathäusern. Ein wichtiges Ziel solcher Kampagnen - über deren Notwendigkeit sich "Radikale" und "Gemäßigte" einig sind - ist es, die wachsenden sozialen Unterschiede im alltäglichen Leben möglichst unsichtbar zu machen. Doch es gelingt immer weniger, auf diese Art den sozialen Unmut zu dämpfen.

Zunehmend verabschiedet sich das Regime auch in rhetorischer Hinsicht vom Anspruch auf soziale Gerechtigkeit, Rafsanjani erklärte mehrfach, der wirtschaftliche Aufbau habe Vorrang vor der Erhöhung des Lebensstandards, und Jelal al-Din Farsi, ein wichtiger Ideologe der prokapitalistischen Islamisten, meint: "Für den Islam ist der Reichtum kein Übel an sich... Die Parole 'Bereichert euch!' wird vom Koran nicht verboten." Den Armen wird verkündet, sie müßten selbst sehen, wie sie klarkommen. So riet ein Vertreter der Rafsanjani-Fraktion den Bewohnern eines Teheraners Elendsviertels, die sich über die Inflation beklagten: "Eßt Karotten! Die sind billig."

Plantu
in: Reproche-Orient



Ungeachtet der islamischen Verpackung entspricht Rafsanjanis Politik den allgemeinen Richtlinien des IWF: Erleichterung der privaten Aneignung, Reduzierung staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben, Sparkurs auf Kosten der unteren Bevölkerungsschichten. Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten, nach inoffiziellen Schätzungen schon jetzt mehr als 40 Prozent der Bevölkerung, wird durch die Privatisierungspolitik noch zunehmen. Und es bleibt Rafsanjanis Geheimnis, wie er die Bazaaris dazu bringen will, ihr angehäuften Kapital produktiv anzulegen. Seine Öffnungspolitik wird den gegenteiligen Effekt haben und eine noch stärkere Hinwendung zu Handel, Spekulation und anderen Formen der schnellen Bereicherung bewirken.

Noch gibt es eine minimale soziale Absicherung durch die über Moscheen organisierte Sozialhilfe und die Verteilung von Lebensmittelkarten, Subventionen für Grundnahrungsmittel aber werden gekürzt, und die Löhne halten mit der Inflation nicht Schritt. Der Widerstand gegen die miserablen Lebensbedingungen ist in den letzten Jahren immer massiver geworden.

Wie schon 1991 und 1992 gab es auch in diesem Jahr massive städtische Aufstände. Arbeitsminister Kamali mußte einräumen, daß zwischen März 1991 und März 1992 etwa 2000 Streiks (gegenüber circa 100 Streiks jährlich in den zehn Jahren zuvor) stattfanden - eine beachtliche Zahl für ein Land, in dem es weder Gewerkschaftsfreiheit noch Streikrecht gibt. (...)

Auf dem Weg zu einer islamistischen Internationale?

Das iranische Model steht für eine unabhängige Außenpolitik, die sich der westlichen Vormacht offen widersetzt. Das macht seine Anziehungskraft auch für nichtislamistische Kreise aus. Die iranische Außenpolitik macht sich das zunutze. Ihr wichtigstes Betätigungsfeld ist Afrika. Mit der islamistischen Militärdiktatur im Sudan wurde eine enge Zusammenarbeit etabliert. Islamistische Gruppen in Ägypten, Algerien, Somalia, Kenia und Nigeria erhalten vermutlich iranische Unterstützung, politische Kontakte gibt es jedenfalls.

Die islamistische Bewegung in Afrika ist jedoch kein Ableger der iranischen Revolution. Schiitischer und sunnitischer Islamismus haben sich aus ähnlichen Bedingungen heraus, aber unabhängig voneinander entwickelt. (...) Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß das Verhältnis islamistischer Staaten zueinander weniger von den Interessen der nationalstaatlichen Eliten geprägt sein wird, als es das Verhältnis der arabisch-nationalistischen Staaten war. Letztlich zeigt der Islamismus an der Macht alle Anzeichen der Normalisierung - der Normalisierung einer Diktatur allerdings, in der die "normale" politische und soziale Unterdrückung noch durch die gewaltsame Durchsetzung der islamistischen Moralvorschriften verschärft wird.

Wenn die iranische Entwicklung hier vor allem unter machtpolitischen Gesichtspunkten geschildert wurde, soll damit nicht gesagt werden, der ideologische Faktor sei unwichtig. Die Stärke der islamistischen

Bewegung liegt nicht zuletzt darin, daß sie zu den wenigen politischen Strömungen gehört, die es heute noch wagen, eine Utopie zu vertreten. Wer den Islamismus verstehen will, muß die hinter ihm stehenden idealistischen Motive, vor allem die Forderung nach Gerechtigkeit, ernst nehmen.

Gleichzeitig steht der Islamismus für patriarchalischen Extremismus, religiöse Intoleranz und politische Unterdrückung. Die Auswirkungen dieser Haltungen sind, entsprechend der Orientierung der islamistischen Bewegungen und der Stärke der vorhandenen Gegenkräfte, verschieden. Schädlich für die Entwicklung der islamischen Gesellschaften bleiben sie allemal.

Der Konflikt zwischen den privat- und staatskapitalistisch orientierten Islamisten wird auch eventuelle zukünftige islamistische Staaten prägen. Die Waagschale muß dabei nicht, wie im Iran, zugunsten der islamistischen Bourgeoisie ausschlagen. Ihr Gewicht innerhalb der islamistischen Bewegung steht im umgekehrten Verhältnis zum Grad ihrer Integration in das bestehende politische System. Im Iran waren die Bazaaris unter dem Schah von jeder politischen Mitsprache ausgeschlossen, deshalb unterstützten sie die

Revolution. Vergleichbare Bedingungen gibt es unter anderen Vorzeichen in Syrien. Die städtische sunnitische Handelsbourgeoisie sieht sich dort im von schiitischen Alawiten dominierten ba'athistischen System nicht vertreten und unterstützt die (in Syrien militante) Muslimbruderschaft. In Ägypten dagegen ist die islamistische Bourgeoisie in das politische System integriert und setzt auf eine "Islamisierung" von oben.

Der Islamismus ist letztlich ein weiterer Versuch, nach dem Scheitern bisher erprobter Modelle eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen. Die Islamisten haben recht, wenn sie sagen, daß es dazu einer Ideologie bedarf, die die Bevölkerung zu den notwendigen Anstrengungen mobilisiert. Sie vertreten jedoch ein autoritäres und korporativistisches Gesellschaftsmodell, das Demokratie und soziale Interessenvertretung ausschließt und in eine perspektivlose Diktatur mündet. Die zukünftige Entwicklung des Nahen Ostens wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, glaubwürdige Alternativen zu entwickeln.

Jörn Schulz

(Gekürzt übernommen aus: **Kommune Nr. 9/93**)